

Haushaltsrede 2016

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrte Damen und Herren des Rates,**

zunächst möchten wir der Verwaltung – insbesondere der Kämmerei – unseren Dank dafür aussprechen, dass Sie den Haushalt inzwischen von Jahr zu Jahr früher aufstellt und der Rat somit frühzeitig mehr Klarheit in Hinsicht auf das laufende Haushaltsjahr erhält.

Sogar eine fristgerechte und damit rechtskonforme Aufstellung des Haushaltes – wie von den Freien Demokraten immer wieder gefordert – scheint inzwischen denkbar.

Darüber hinaus möchten wir die heutige Gelegenheit nutzen, all jenen ausdrücklich unsere Anerkennung aussprechen, die in der Vergangenheit, gegenwärtig und zukünftig unermüdlichen Einsatz bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik gezeigt haben bzw. zeigen. Sie haben dabei weiterhin die volle Unterstützung der Freien Demokraten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
das letztjährige Haushaltsminus zu akzeptieren, ist uns allen schon schwer genug gefallen. Was seinerzeit niemand hören wollte, ist, dass wir im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen bereits mehr als deutlich darauf hingewiesen haben, was nun in der Realität unmittelbar droht:
Haushaltssicherung, meine sehr geehrte Damen und Herren: **Haushaltssicherung**.

Haushaltssicherung für eine Gemeinde, die von hohen Einnahmen und von Wohlstand geprägt schien und scheint und in der Geld beherzt ausgegeben wurde; oft gegen den Rat der Freien Demokraten.

Nachdem uns für 2016 ein noch weitaus höheres Haushaltsdefizit als im vergangenen Jahr droht, bleibt festzustellen, dass sowohl der Kreis als auch Land und Bund den Fehlbetrag auf der Ausgabenseite in weiten Teilen mit zu verantworten haben:

- Der Kreis bedient sich bei seinen Kommunen mit einer unverschämten Steigerung der Kreisumlage von 41,8 auf 43,8 %. Dadurch und bedingt durch eine höhere Bemessungsgrundlage entsteht der Gemeinde Alpen ein Mehraufwand i. H. v. 1,6 Mio. €. Ein ernsthaftes Bemühen zur Kostensenkung ist beim Landrat nicht zu erkennen. Gesegnet ist der, der anderen unbehelligt und tief in die Tasche greifen kann. Wir fordern sowohl den Landrat als auch den Kreistag an dieser Stelle nochmals dazu auf Einsparpotenziale ernsthaft zu definieren und umzusetzen. Der Austritt aus dem RVR sei hier nur als mögliche und sinnvolle Konsequenz exemplarisch erwähnt **und dies nicht nur aus finanzieller Sicht!**
- Das Land fordert der Gemeinde in 2016 eine Abundanz Umlage i. H. v. 823 TEUR ab. Künstlich reich gerechnete Kommunen wie unsere Gemeinde müssen dabei für Städte und Gemeinden Solidarität aufbringen, die jedoch einen Sparwillen ihrerseits wiederum vermissen lassen. Das ist nicht unser Verständnis von Solidarität, das ist fehlgeleitete rot/grüne Umverteilungspolitik.
- Der Bund verursacht durch die von ihm hervorgerufene Situation in Bezug auf die weltweite Flüchtlingssituation Kosten in Milliardenhöhe und bürdet diese Beträge in noch nicht feststehender Höhe den Kommunen auf.

Auch, wenn der Haushalt diese Problematik derzeit ergebnisneutral bewerten darf, so muss uns allen bewusst sein, dass das reine Fiktion und kein realistischer Ansatz ist.

Aber auch ohne diese äußeren Faktoren plant die Gemeinde mit einem Haushaltsminus von 350 TEUR. Das aktuelle Defizit kommt dabei nicht nur durch erhöhte Ausgaben, sondern auch durch nicht zu genießende Einnahmen zu Stande.

So muss die Gemeinde einen Einbruch der Gewerbesteuer in Höhe von rund 2 Mio. € erwarten. Die Gründe dafür liegen in Teilen sicher in der schwierigen Weltwirtschaftslage. Die Gemeinde Alpen hat jedoch zudem jahrelang die Möglichkeit verpasst, zusätzliche Einnahmen zu ermöglichen, indem Sie es versäumte weitere Gewerbegebiete für kleine und mittelständische Unternehmen gezielt zur Ansiedlung anzuregen. Das haben wir Freie Demokraten immer wieder angeregt.

Und, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Schaffung eines Großindustriegbietes auf der Bönninghardt ist damit nicht gemeint. Hier verschandeln wir eine zuvor vehement verteidigte Fläche, nahezu ohne Aussicht auf irgendein Aufkommen von Gewerbesteuer.

Das ist verfehlte Politik, das ist Abwesenheit von Vernunft und Weitblick und es ist schlichtweg falsch, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Lassen Sie mich Ihnen, so, wie Sie das von uns gewohnt sind, Lösungen aufzeigen.

Es ist an der Zeit, dass die Gemeinde Alpen intensiver denn je ihren Teil zu einem erträglicheren Haushalt beitragen muss und dabei kommt man um liberale Lösungen nicht herum, wie wir Ihnen mit den auszugsweisen Beispielen verdeutlichen möchten.

- Wir regen an die Bewirtschaftung des Parkplatzes Haagstraße zu initiieren. Wer privilegiert parken möchte, soll auch dafür zahlen und damit für die Amortisierung der Baukosten sorgen.
- Wir regen an die Beitreibung von Bußgeldern für Parksünder in unserer Gemeinde zu intensivieren. Ein von mir kürzlich auf sein Fehlverhalten angesprochener Fahrzeugführer, der auf einem Behindertenparkplatz parkte, winkte mit dem Kommentar ab „hier kontrolliert ohnehin niemand“ und verschwand einfach. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ständig sehe ich falsch parkende Fahrzeuge auf diesen reservierten Parkplätzen; ein Knöllchen an der Windschutzscheibe hingegen habe ich lange nicht mehr gesehen.
- Wir regen an, dass sich alle Fraktionen unserem Verzicht auf Fraktionsmittelerhöhung anschließen. Im vergangenen Jahr hat der Rat gegen die Stimmen der FDP die Anhebung der Fraktionsmittelvergütung beschlossen. Wir Freien Demokraten haben nicht nur dagegen gestimmt, sondern die Mehrleistung für 2015 umgehend zurückgezahlt und für die kommenden Jahre auf deren Auszahlung verzichtet. Ich fordere die anderen Fraktionen hier und jetzt dazu auf unserem Beispiel zu folgen.
- Wir fordern, das gescheiterte Projekt des Brunnenlaufs am Rathaus endgültig zu begraben, und **zwar mit Erde oder Kies**. Von den zur fortlaufenden Reparatur in den Haushalt eingestellten 13.500 € sparen wir 10.000 €, in dem wir für 3.500€ eine Begrünung vornehmen.

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, in Anbetracht der prekären Haushaltssituation und insbesondere der drohenden Haushaltssicherung raten wir zu Einem: Nämlich zur **Demut**. Ja, meine sehr geehrte Damen und Herren, sie haben mich richtig verstanden: **Demut** ist das jetzt nötige Zeichen der Zeit, um deutlich zu machen, dass wir die derzeit vorzufindende Situation verstanden haben und in der Lage sind damit umzugehen.

Dem Bürger ist nicht zu vermitteln:

- dass wir bei einem riesigen Haushaltsloch von fast fünf Millionen Euro eine neue Feuerwache für mehrere Millionen Euro bauen müssen
- oder ein umfangreicher Aus- und Umbau der Sekundarschule initiiert werden muss;
- das neue Feuerwehrfahrzeuge angeschafft werden müssen, obgleich die bestehenden sowohl fahren als auch löschen können.

Meine Damen und Herren, dem Bürger ist nicht zu vermitteln, dass wir auf Grund dieses Haushaltsdefizites so weiter machen wie bisher.

Wir Freien Demokraten **beantragen**, unter Bildung einer fraktionsübergreifenden Haushaltskommission mit Beteiligung der Verwaltung den Gesamthaushalt auf den Prüfstand zu stellen und jeden Posten neu zu bewerten.

Es gilt, unter dem Gesichtspunkt des horrenden Haushaltsdefizits alle Güter der Gemeinde auf ihre Funktionsfähigkeit hin zu überprüfen.

- Was fährt muss nicht ersetzt,
- was funktioniert muss nicht neu gebaut werden.
- Was ohnehin kaum oder vermindert genutzt wird, muss nicht erweitert werden.
- Wir fordern, sämtliche Neukäufe einzustellen und zunächst interfraktionell zu prüfen.

Wir fordern den Verzicht auf den Ausbau der von sinkenden Schülerzahlen geprägten Sekundarschule, und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern den Stopp des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses, denn wir haben ein funktionierendes Feuerwehrgerätehaus, ein Gerätehaus mit Licht und Strom und dichtem Dach.

Uns ist dabei vollkommen egal, ob wir hier über konsumtive oder investive Ausgaben sprechen, ob wir etwas aus unserem Geldbeutel zahlen oder über Jahre hinweg durch Abschreibungen kleinrechnen. Ausgaben sind Ausgaben, meine Damen und Herren, und wir können keinem Bürger die beschlossene Erhöhung der Grundsteuer erklären, während wir ein unnötig gebautes Feuerwehrgerätehaus einweihen, das mehrere Millionen Euro Steuergelder kostet.

Wir Freie Demokraten haben nicht nur die Gegenwart im Blick, sondern auch die Zukunft im Auge, meine Damen und Herren.

Mit einem letzten Gedanken möchte ich zum Ende meiner Ausführungen kommen:

Der Haushalt beinhaltet – wie in jedem Jahr – Pflichtausgaben und freiwillige Leistungen zu deren Erbringung die Gemeinde rechtlich nicht verpflichtet ist.

Es hat uns sehr verwundert, dass die Verwaltung nicht aussagefähig ist im Hinblick auf Art und Höhe geplanter freiwilliger Leistungen.

Durch die Einführung eines Controlling-Tools soll dies in diesem Jahr und damit für den Haushalt 2017 erstmals ermöglicht werden. In Zeiten der drohenden Haushaltssicherung ist dies auch dringend geboten.

Nicht das der falsche Eindruck entsteht, dass wir auf Gedeih und Verderb alle freiwilligen Leistungen streichen wollen. So ist es doch vielmehr von Nöten, deren Verwendung und Höhe zu beziffern um darüber beraten zu können, ob und in welcher Höhe auf Leistungen unter Umständen verzichtet werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die prekäre Haushaltslage zwingt uns zu dem von uns lange geforderten Umdenken.

- Zeigen Sie Demut vor steuerzahlenden Bürgern und deren hart erarbeitetem Geld,
- schaffen Sie ein vernünftiges Umfeld für die Ansiedlung kleiner und mittelständischer Unternehmen,
- überdenken Sie unnötige Projekte,
- hören Sie auf, Dinge zu bauen, die wir bereits haben,
- Gebäude zu erweitern, die groß genug sind und
- Geräte auszutauschen, die funktionieren.

All diese notwendige Vernunft lässt der Haushalt in seiner derzeitigen Fassung vollständig vermissen; er ist unvernünftig und aufgebläht.

Und deshalb lehnen wir ihn ab.